



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

8. Sitzung (öffentlich)

6. Dezember 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Beate Mennekes (TOP 1)

Uwe Scheidel (TOP 2 ff. – Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 U3-Rechtsanspruch erfüllen, Qualitätsstandards erhalten! **6**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/820

Der Ausschuss führt zum Thema des Tagesordnungspunktes ein Sachverständigengespräch durch, in dessen Verlauf die geladenen Fachleute – siehe nachfolgendes Tableau – Rede und Antwort stehen.

Organisation	Sachverständige/r	Stellungnahme	Seiten
AG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW	Heinz-Josef Kessmann	16/243	6, 19
Jugendhilfeausschuss Kreis Paderborn	Maria Beckmann-Junge	16/262	7, 21
Fachhochschule Köln	Prof. Dr. Rainer Strätz	16/247	8, 23
Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW	Anke Bohlander	16/237	9, 25
Stadt Wermelskirchen	Jürgen Graef	16/238	10, 27
Deutscher Kinderschutzbund NRW	Dieter Greese	16/242	11, 29

Weitere Stellungnahme	
Stadt Düsseldorf	16/248

- 2 Evaluation der „Aktion Gesunde Kindheit“ – Bericht über die Erfahrungen mit der Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchungen (U-Untersuchung-TeilnahmedatenVO – UTeilnahmeDatVO) 31**
- Vorlage 16/40
- Ministerialrätin Heike Reinecke (MGEPA) berichtet 31
 - Aussprache 33

- 3 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in Nordrhein-Westfalen 36**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1435
- Der Ausschuss verständigt sich ohne weitere Aussprache darauf, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1435 ohne Votum weiterzuleiten und sich an der vom federführenden Rechtsausschuss vorgesehenen Sachverständigenanhörung nachrichtlich zu beteiligen.
- 4 Gegen Randalierer im Zusammenhang mit Fußballspielen konsequent vorgehen 37**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1268
- Aussprache 37
- Der Ausschuss verständigt sich darauf, an einer Anhörung des Innenausschusses zum Thema des Tagesordnungspunktes am 7. März 2013 nachrichtlich teilzunehmen.
- 5 Kindertagespflege stärken: Leistungen anerkennen, Strukturen optimieren, Qualifikation steigern 38**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1272
- Aussprache 38

6	Mehr Flexibilität für den Offenen Ganztag im Primarbereich	42
	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/1473	
	– Aussprache	42
	Der Ausschuss wird sich an einer zum Thema des Tagesordnungspunktes geplanten Anhörung pflichtig beteiligen und anschließend in die Beratung eintreten..	
7	Neuausrichtung der Finanzierung der vorschulischen Bildung von Kindern mit Behinderungen im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland	43
	– Ministerin Schäfer (MFKJKS) berichtet	43
	– Aussprache	43
	– Landesrat Elzer (LVR) berichtet	44
	– Aussprache	47
8	Zertifizierung von Fachschulen für Umschulungsmaßnahmen zu Erzieherinnen und Erziehern	48
	– Ministerin Schäfer berichtet	48
9	Verschiedenes	50
	a) Nächste Ausschusssitzung	50
	b) Ausschussreise nach Bozen	50
	c) Einladung der Ministerin	50
	d) Mittelbewilligung U3-Ausbau – Fahrplan Haushalt 2013	50

3 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1435

Vorsitzende Margret Voßeler führt aus, der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1435 sei nach der ersten Lesung vom Plenum in dessen Sitzung am 30. November 2012 federführend an den Rechtsausschuss und unter anderem an den hiesigen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Rechtsausschuss werde sich in seiner morgigen Sitzung erstmals mit dem Gesetzentwurf befassen. Es sei davon auszugehen, dass er eine Sachverständigenanhörung beschließen werde. Deshalb müsse in der heutigen Sitzung auf jeden Fall ein Verfahrensbeschluss gefasst werden.

Aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts müsse das Beratungsverfahren so gestaltet werden, dass das Gesetz am 1. Juni 2013 in Kraft treten könne. Die zweite Lesung müsse also spätestens am 15./16. Mai 2013 stattfinden.

Der Ausschuss verständigt sich ohne weitere Aussprache darauf, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1435 ohne Votum weiterzuleiten und sich an der vom federführenden Rechtsausschuss vorgesehenen Sachverständigenanhörung nachrichtlich zu beteiligen.

